

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Erstellt am: 13.12.2022

Gremium:

Sitzungsdatum:

Sitzungsart:

Integrationsrat

08.12.2022

öffentlich

zu TOP 5.5

Masterplan Kommunale Sicherheit 2.0 in Dortmund

Empfehlung

(Drucksache Nr.: 26093-22)

Frau Karacakurtoglu (Die Linke) meldet Beratungsbedarf innerhalb ihrer Fraktion an.

Der Integrationsrat beschließt dementsprechend die Vorlage in die nächsten Sitzung zu schieben und dann erneut zu beraten.

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Erstellt am: 12.01.2023

Gremium:

Behindertenpolitisches Netzwerk

Sitzungsdatum:

29.11.2022

Sitzungsart:

öffentlich

zu TOP 4.11

Masterplan Kommunale Sicherheit 2.0 in Dortmund

Empfehlung

(Drucksache Nr.: 26093-22)

Frau Brunner (Bündnis 90/Die Grünen) teilt mit, dass sie sich bei der Abstimmung zu der Vorlage enthalten werde.

Sie gibt an, dass die Vorlage innerhalb der Fraktion noch nicht ausreichend besprochen worden sei und regt an, dass die Gleichstellungsbeauftragte und Behindertenbeauftragte in der Lenkungsgruppe aktiv beteiligt werden.

Herr Rupflin (BPN) merkt an, dass bei Veranstaltungen zur Bürgerbeteiligung (Quartierslabore/Bürgerdialoge) auf akustische Barrierefreiheit zu achten ist. Zumindest sollte bei Einladungen zu entsprechenden Veranstaltungen der Unterstützungsbedarf abgefragt werden.

Das Behindertenpolitische Netzwerk empfiehlt mit diesen Anmerkungen dem Rat der Stadt einstimmig bei zwei Enthaltungen folgenden Beschluss zu fassen:

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Dortmund beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung des Masterplans „Kommunale Sicherheit 2.0“ in Dortmund.

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Erstellt am: 18.01.2023

Gremium:

Ausschuss für Kultur, Sport und Freizeit

Sitzungsdatum:

17.01.2023

Sitzungsart:

öffentlich

zu TOP 6.5

Masterplan Kommunale Sicherheit 2.0 in Dortmund

Empfehlung

(Drucksache Nr.: 26093-22)

Frau Dresler-Döhmman (Fraktion DIE LINKE+) gibt an, dass Beratungsbedarf bestehe.

Der Ausschuss für Kultur, Sport und Freizeit **lässt die weitere Beratung der Vorlage ohne Empfehlung an den Rat durchlaufen.**

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Erstellt am: 18.01.2023

Gremium:

Bezirksvertretung Innenstadt-West

Sitzungsdatum:

18.01.2023

Sitzungsart:

öffentlich

zu TOP 9.3

Masterplan Kommunale Sicherheit 2.0 in Dortmund

Empfehlung

(Drucksache Nr.: 26093-22)

Empfehlung:

Die Bezirksvertretung Innenstadt-West empfiehlt **einstimmig** dem Rat der Stadt Dortmund, mit folgenden Bemerkungen den Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Dortmund beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung des Masterplans „Kommunale Sicherheit 2.0“ in Dortmund.

Bemerkungen:

Bündnis 90/ Die Grünen geben folgende zu Protokoll:

„Die zuständigen Fachausschüsse werden gebeten, ein weiteres Themenfeld unter Handlungsfeld 2 -Öffentliche Sicherheit und Ordnung aufzunehmen. Nach den Ereignissen der vergangenen Monate um die Tötung von Mohammed D. ist die Polizei Dortmund erneut in die Kritik geraten. Besonders Mitbürger*innen mit Migrationshintergrund zeigen ein geringeres Vertrauen gegenüber der Polizei, da sie vermehrt mit Diskriminierungserfahrungen konfrontiert sind. Der Masterplan Sicherheit birgt die Möglichkeit, in einem öffentlichen Diskurs über die Institution Polizei zu sprechen und Konzepte zu entwickeln, das Vertrauen insgesamt, aber besonders für Mitbürger*innen mit Migrationshintergrund, zu verbessern. Diese Erweiterung der Themenfeldes entspricht der Zielsetzung des Masterplans: „Die Weiterentwicklung des Masterplans Kommunale Sicherheit soll die bisherigen Zielsetzungen aufnehmen und geeignete Maßnahmen erarbeiten mit dem Ziel, das subjektive Sicherheitsgefühl der Einwohnenden der Stadt Dortmund stetig zu verbessern [...]“

Beim Handlungsfeld 2, unter 2.4 sollten Prostitution, Alkohol und Drogenkonsum „aggressives Betteln“ nicht in einem Atemzug genannt werden. Das erscheint nicht als Sinn der Sache. Es gibt unterschiedliche Gründe warum die Menschen in diese Situation kommen, und dem muss Rechnung getragen werden.

Weiterhin kann es nicht angehen, dass die Einbindung der Politik, respektive der Bezirksvertretungen überhaupt nicht bei der Erstellung vorgesehen ist.

Die Fraktion die LINKE macht folgende Anmerkungen zur Vorlage:

- 1) Die Kriminalitätsstatistik gibt insbesondere für den Bereich der Gewaltdelikte deutlich rückläufige Zahlen an. Welcher Anlass besteht vor diesem Hintergrund angesichts knapper Kassen mehr Geld in den kommunalen Ordnungsdienst zu stecken?
- 2) 2.4. Die Politik der Stadt Dortmund und BVen müssen im Lenkungsreis aufgenommen werden. Die Zusammensetzung des Lenkungsreises lässt befürchten, dass einseitige Maßnahmen gegen Teile der Bevölkerung durchgesetzt (z.B. Menschen ohne Obdach oder Suchtkranke Menschen) werden.

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

- 3) 2.4 Prostitution: Nach der Schließung des regulierten Straßenstrichs in der Ravensberger Straße hat sich die nunmehr illegale Prostitution in die Wohngebiete verlagert. Die Sicherheit der im Sexgewerbe arbeitenden Frauen ist seitdem nicht mehr gegeben. Zudem wird erneut repressiv mit den Frauen umgegangen.
- 4) Videoüberwachung im öffentlichen Raum lehnen wir wegen der Einschränkung der Freiheitsrechte und der informationellen Selbstbestimmung der Bevölkerung ab. Verdrängungseffekte erzeugen keine Sicherheit.

- 5) 2.6.1 Linksextremismus
Die bürgerliche Extremismustheorie lehnen wir ab. Der sogenannte Linksextremismus (u.a. Antifaschismus) ist häufig eine Reaktion auf rechtsextreme Bedrohungen. Eine Sicherheitsbedrohung für die Bevölkerung geht von Aktivitäten im Linken Spektrum nicht aus – damit ist das Kapitel vollständig entbehrlich.

- 6) Völlig fehlt in der Vorlage die Sicherheit von Frauen. Gewalt in Partnerschaften oder bei Beendigung derselben sind immer noch die häufigsten Gewaltdelikte. 80% der Täter sind Männer / 80% der Opfer sind Frauen. Damit setzt sich der Masterplan bislang an keiner Stelle auseinander.

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Erstellt am: 20.01.2023

Gremium:

Bezirksvertretung Innenstadt-Nord

Sitzungsdatum:

19.01.2023

Sitzungsart:

öffentlich

zu TOP 8.1

Masterplan Kommunale Sicherheit 2.0 in Dortmund

Empfehlung

(Drucksache Nr.: 26093-22)

Die Bezirksvertretung Innenstadt-Nord nimmt die Vorlage, die dahingehend eingereichten Empfehlungen (Integrationsrat und Behindertenpolitisches Netzwerk) sowie die beiden Anträge der Fraktion Die Linke/Die Partei zur Kenntnis und diskutiert kontrovers.

Von mehreren Parteien werden Kritikpunkte zu Aufbau und Inhalt des Masterplans geäußert. Diese betreffen:

- Erfordernis der Einrichtung einer Beschwerdestelle für Polizeigewalt
- Die Sinnhaftigkeit eines Masterplans vor dem Hintergrund einer rückläufigen Kriminalitätsstatistik
- Unberücksichtigte Folgen von Videoüberwachung (Verdrängung in nicht überwachte Bereiche)
- Die unterbliebene Evaluation des Masterplans Sicherheit 1.0
- Die unterlassene Einbindung von sozialen und freien Trägern
- Die fehlende Berücksichtigung von Diversität und Inklusion sowie der Beteiligung von entsprechenden Vertreter*innen
- Die nicht nachvollziehbare Schwerpunktsetzung auf den Linksextremismus
- Die nicht berücksichtigte gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
- Unzureichende Berücksichtigung des Themenfeldes Prostitution in seiner ganzen Bandbreite

Es besteht Einigkeit darüber, dass der Masterplan gebraucht wird, er aber überarbeitet und deutlich verbessert werden muss. Aufgrund der Einigkeit zieht die Fraktion Die Linke/Die Partei ihre beiden Anträge zurück. Die Bezirksvertreter*innen appellieren daher an den Rat, entsprechende Verbesserungen und Abänderungen vornehmen zu lassen und dabei die Bezirksvertretung(en) einzubeziehen.

Die Bezirksvertretung Innenstadt-Nord wird selbst weiter zum Thema beraten.

Aus den vorgenannten Gründen beschließt die Bezirksvertretung Innenstadt-Nord **mehrheitlich** bei 5 Gegenstimmen (4 SPD, 1 AfD) dem Rat der Stadt Dortmund zu empfehlen, den nachfolgenden Beschluss **nicht** zu fassen:

Beschluss:

~~Der Rat der Stadt Dortmund beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung des Masterplans „Kommunale Sicherheit 2.0“ in Dortmund.~~

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Erstellt am: 24.01.2023

Gremium:

Bezirksvertretung Hombruch

Sitzungsdatum:

24.01.2023

Sitzungsart:

öffentlich

zu TOP 9.2

Masterplan Kommunale Sicherheit 2.0 in Dortmund

Empfehlung

(Drucksache Nr.: 26093-22)

Beratung

Herr Hotten (stellv. Fraktionssprecher B90/Die Grünen) wird die Vorlage nicht empfehlen und verweist ab die ablehnende Haltung der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord, deren Beweggründe teilweise übernommen werden, insbesondere

- fehlende Einbindung sozialer und freier Träger
- fehlende Berücksichtigung von Diversität und Inklusion
- weitere Punkte, die Thema in der Stadt sind aber nicht berücksichtigt wurden (z. B. gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit)
-

Empfehlung

Die Bezirksvertretung Hombruch **empfiehlt** dem Rat der Stadt Dortmund **mehrheitlich** mit 11 Ja-Stimmen (Fraktionen der CDU und SPD) gegen 6 Nein Stimmen (Fraktion B90/Die Grünen, Die Linke) folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Dortmund beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung des Masterplans „Kommunale Sicherheit 2.0“ in Dortmund.

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Erstellt am: 25.01.2023

Gremium:

Bezirksvertretung Aplerbeck

Sitzungsdatum:

24.01.2023

Sitzungsart:

öffentlich

zu TOP 11.1

Masterplan Kommunale Sicherheit 2.0 in Dortmund

Empfehlung

(Drucksache Nr.: 26093-22)

Die Bezirksvertretung Aplerbeck bittet die Verwaltung einstimmig, auch andere Ämter, die Ausschüsse des Rates, die Bezirksvertretungen und die Beiräte in die Detailentwicklung einzubeziehen.

Die Bezirksvertretung Aplerbeck empfiehlt dem Rat der Stadt Dortmund einstimmig mit o.g. Ergänzungen, die Verwaltung mit der Erstellung des Masterplans „Kommunale Sicherheit 2.0“ in Dortmund zu beauftragen.

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Erstellt am: 26.01.2023

Gremium:	Sitzungsdatum:	Sitzungsart:
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen	25.01.2023	öffentlich

zu TOP 3.3

Masterplan Kommunale Sicherheit 2.0 in Dortmund

Empfehlung

(Drucksache Nr.: 26093-22)

Hierzu liegt vor → Empfehlung des behindertenpolitischen Netzwerks vom 29.11. 2023:

Frau Brunner (Bündnis 90/Die Grünen) teilt mit, dass sie sich bei der Abstimmung zu der Vorlage enthalten werde.

Sie gibt an, dass die Vorlage innerhalb der Fraktion noch nicht ausreichend besprochen worden sei und regt an, dass die Gleichstellungsbeauftragte und Behindertenbeauftragte in der Lenkungsgruppe aktiv beteiligt werden.

Herr Rupflin (BPN) merkt an, dass bei Veranstaltungen zur Bürgerbeteiligung (Quartierslabore/Bürgerdialoge) auf akustische Barrierefreiheit zu achten ist. Zumindest sollte bei Einladungen zu entsprechenden Veranstaltungen der Unterstützungsbedarf abgefragt werden.

Das Behindertenpolitische Netzwerk empfiehlt mit diesen Anmerkungen dem Rat der Stadt einstimmig bei zwei Enthaltungen folgenden Beschluss zu fassen:

Hierzu liegt vor → Empfehlung der Bezirksvertretung (BV) Innenstadt West vom 18.01.2022:

Empfehlung:

Die Bezirksvertretung Innenstadt-West empfiehlt **einstimmig** dem Rat der Stadt Dortmund, mit folgenden Bemerkungen den Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Dortmund beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung des Masterplans „Kommunale Sicherheit 2.0“ in Dortmund.

Bemerkungen:

Bündnis 90/ Die Grünen geben folgende zu Protokoll:

„Die zuständigen Fachausschüsse werden gebeten, einen weiteres Themenfeld unter Handlungsfeld 2 -Öffentliche Sicherheit und Ordnung aufzunehmen. Nach den Ereignissen der vergangenen Monate um die Tötung von Mohammed D. ist die Polizei Dortmund erneut in die Kritik geraten. Besonders Mitbürger*innen mit Migrationshintergrund zeigen ein geringeres Vertrauen gegenüber der Polizei, da sie vermehrt mit Diskriminierungserfahrungen konfrontiert sind. Der Masterplan Sicherheit birgt die Möglichkeit, in einem öffentlichen Diskurs über die Institution Polizei zu sprechen und Konzepte zu entwickeln, das Vertrauen insgesamt, aber besonders für Mitbürger*innen mit Migrationshintergrund, zu verbessern. Diese Erweiterung der Themenfeldes entspricht der Zielsetzung des Masterplans: „Die Weiterentwicklung des Masterplans Kommunale Sicherheit soll die bisherigen Zielsetzungen aufnehmen und geeignete Maßnahmen erarbeiten mit dem Ziel, das subjektive Sicherheitsgefühl der Einwohnendender Stadt Dortmund stetig zu verbessern [...]“

Beim Handlungsfeld 2, unter 2.4 sollten Prostitution, Alkohol und Drogenkonsum „aggressives Betteln“ nicht in einem Atemzug genannt werden. Das erscheint nicht als Sinn der Sache. Es gibt unterschiedliche Gründe warum die Menschen in diese Situation kommen, und dem muss Rechnung getragen werden.

Weiterhin kann es nicht angehen, dass die Einbindung der Politik, respektive der Bezirksvertretungen überhaupt nicht bei der Erstellung vorgesehen ist.

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Die Fraktion die LINKE macht folgende Anmerkungen zur Vorlage:

- 1) Die Kriminalitätsstatistik gibt insbesondere für den Bereich der Gewaltdelikte deutlich rückläufige Zahlen an. Welcher Anlass besteht vor diesem Hintergrund angesichts knapper Kassen mehr Geld in den kommunalen Ordnungsdienst zu stecken?^[1]_[SEP]
- 2) 2.4. Die Politik der Stadt Dortmund und BVen müssen im Lenkungskreis aufgenommen werden. Die Zusammensetzung des Lenkungskreises lässt befürchten, dass einseitige Maßnahmen gegen Teile der Bevölkerung durchgesetzt (z.B. Menschen ohne Obdach oder Suchtkranke Menschen) werden.
- 3) 2.4 Prostitution: Nach der Schließung des regulierten Straßenstrichs in der Ravensberger Straße hat sich die nunmehr illegale Prostitution in die Wohngebiete verlagert. Die Sicherheit der im Sexgewerbe arbeitenden Frauen ist seitdem nicht mehr gegeben. Zudem wird erneut repressiv mit den Frauen umgegangen.
- 4) Videoüberwachung im öffentlichen Raum lehnen wir wegen der Einschränkung der Freiheitsrechte und der informationellen Selbstbestimmung der Bevölkerung ab. Verdrängungseffekte erzeugen keine Sicherheit.
- 5) 2.6.1 Linksextremismus
Die bürgerliche Extremismustheorie lehnen wir ab. Der sogenannte Linksextremismus (u.a. Antifaschismus) ist häufig eine Reaktion auf rechtsextreme Bedrohungen. Eine Sicherheitsbedrohung für die Bevölkerung geht von Aktivitäten im Linken Spektrum nicht aus – damit ist das Kapitel vollständig entbehrlich.
- 6) Völlig fehlt in der Vorlage die Sicherheit von Frauen. Gewalt in Partnerschaften oder bei Beendigung derselben sind immer noch die häufigsten Gewaltdelikte. 80% der Täter sind Männer / 80% der Opfer sind Frauen. Damit setzt sich der Masterplan bislang an keiner Stelle auseinander.

Hierzu liegt vor → Empfehlung der Bezirksvertretung (BV) Innenstadt Nord vom 19.01.2022:

Die Bezirksvertretung Innenstadt-Nord nimmt die Vorlage, die dahingehend eingereichten Empfehlungen (Integrationsrat und Behindertenpolitisches Netzwerk) sowie die beiden Anträge der Fraktion Die Linke/Die Partei zur Kenntnis und diskutiert kontrovers.

Von mehreren Parteien werden Kritikpunkte zu Aufbau und Inhalt des Masterplans geäußert. Diese betreffen:

- Erfordernis der Einrichtung einer Beschwerdestelle für Polizeigewalt
- Die Sinnhaftigkeit eines Masterplans vor dem Hintergrund einer rückläufigen Kriminalitätsstatistik
- Unberücksichtigte Folgen von Videoüberwachung (Verdrängung in nicht überwachte Bereiche)
- Die unterbliebene Evaluation des Masterplans Sicherheit 1.0
- Die unterlassene Einbindung von sozialen und freien Trägern
- Die fehlende Berücksichtigung von Diversität und Inklusion sowie der Beteiligung von entsprechenden Vertreter*innen
- Die nicht nachvollziehbare Schwerpunktsetzung auf den Linksextremismus
- Die nicht berücksichtigte gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
- Unzureichende Berücksichtigung des Themenfeldes Prostitution in seiner ganzen Bandbreite

Es besteht Einigkeit darüber, dass der Masterplan gebraucht wird, er aber überarbeitet und deutlich verbessert werden muss. Aufgrund der Einigkeit zieht die Fraktion Die Linke/Die Partei ihre beiden Anträge zurück. Die Bezirksvertreter*innen appellieren daher an den Rat, entsprechende Verbesserungen und Abänderungen vornehmen zu lassen und dabei die Bezirksvertretung(en) einzubeziehen.

Die Bezirksvertretung Innenstadt-Nord wird selbst weiter zum Thema beraten.

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Aus den vorgenannten Gründen beschließt die Bezirksvertretung Innenstadt-Nord **mehrheitlich** bei 5 Gegenstimmen (4 SPD, 1 AfD) dem Rat der Stadt Dortmund zu empfehlen, den nachfolgenden Beschluss **nicht** zu fassen:

Beschluss:

~~Der Rat der Stadt Dortmund beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung des Masterplans „Kommunale Sicherheit 2.0“ in Dortmund.~~

AKUSW, 25.01.2023:

Der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen vertagt die gesamte Angelegenheit aufgrund weiteren Beratungsbedarfs.

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Erstellt am: 30.01.2023

Gremium:

Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften

Sitzungsdatum:

26.01.2023

Sitzungsart:

öffentlich

zu TOP 8.1

Masterplan Kommunale Sicherheit 2.0 in Dortmund

Empfehlung

(Drucksache Nr.: 26093-22)

Dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften liegt folgende Empfehlung der Bezirksvertretung Innenstadt-West aus der Sitzung am 18.01.2023 vor:

zu TOP 9.3

Masterplan Kommunale Sicherheit 2.0 in Dortmund

Empfehlung

(Drucksache Nr.: 26093-22)

Empfehlung:

*Die Bezirksvertretung Innenstadt-West empfiehlt **einstimmig** dem Rat der Stadt Dortmund, mit folgenden Bemerkungen den Beschluss zu fassen:*

Der Rat der Stadt Dortmund beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung des Masterplans „Kommunale Sicherheit 2.0“ in Dortmund.

Bemerkungen:

Bündnis 90/ Die Grünen geben folgende zu Protokoll:

*„Die zuständigen Fachausschüsse werden gebeten, ein weiteres Themenfeld unter Handlungsfeld 2 -Öffentliche Sicherheit und Ordnung aufzunehmen. Nach den Ereignissen der vergangenen Monate um die Tötung von Mohammed D. ist die Polizei Dortmund erneut in die Kritik geraten. Besonders Mitbürger*innen mit Migrationshintergrund zeigen ein geringeres Vertrauen gegenüber der Polizei, da sie vermehrt mit Diskriminierungserfahrungen konfrontiert sind. Der Masterplan Sicherheit birgt die Möglichkeit, in einem öffentlichen Diskurs über die Institution Polizei zu sprechen und Konzepte zu entwickeln, das Vertrauen insgesamt, aber besonders für Mitbürger*innen mit Migrationshintergrund, zu verbessern. Diese Erweiterung der Themenfeldes entspricht der Zielsetzung des Masterplans: „Die Weiterentwicklung des Masterplans Kommunale Sicherheit soll die bisherigen Zielsetzungen aufnehmen und geeignete Maßnahmen erarbeiten mit dem Ziel, das subjektive Sicherheitsgefühl der Einwohnenden der Stadt Dortmund stetig zu verbessern [...]“*

Beim Handlungsfeld 2, unter 2.4 sollten Prostitution, Alkohol und Drogenkonsum „aggressives Betteln“ nicht in einem Atemzug genannt werden. Das erscheint nicht als Sinn der Sache. Es gibt unterschiedliche Gründe warum die Menschen in diese Situation kommen, und dem muss Rechnung getragen werden.

Weiterhin kann es nicht angehen, dass die Einbindung der Politik, respektive der Bezirksvertretungen überhaupt nicht bei der Erstellung vorgesehen ist.

Die Fraktion die LINKE macht folgende Anmerkungen zur Vorlage:

- 1) Die Kriminalitätsstatistik gibt insbesondere für den Bereich der Gewaltdelikte deutlich rückläufige Zahlen an. Welcher Anlass besteht vor diesem Hintergrund angesichts knapper Kassen mehr Geld in den kommunalen Ordnungsdienst zu stecken?^{SEP}*
- 2) 2.4. Die Politik der Stadt Dortmund und BVen müssen im Lenkungskreis aufgenommen werden. Die Zusammensetzung des Lenkungskreises lässt befürchten, dass einseitige Maßnahmen gegen Teile der Bevölkerung durchgesetzt (z.B. Menschen ohne Obdach oder Suchtkranke Menschen) werden.*

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

- 3) *2.4 Prostitution: Nach der Schließung des regulierten Straßenstrichs in der Ravensberger Straße hat sich die nunmehr illegale Prostitution in die Wohngebiete verlagert. Die Sicherheit der im Sexgewerbe arbeitenden Frauen ist seitdem nicht mehr gegeben. Zudem wird erneut repressiv mit den Frauen umgegangen.*
- 4) *Videoüberwachung im öffentlichen Raum lehnen wir wegen der Einschränkung der Freiheitsrechte und der informationellen Selbstbestimmung der Bevölkerung ab. Verdrängungseffekte erzeugen keine Sicherheit.*
- 5) *2.6.1 Linksextremismus
Die bürgerliche Extremismustheorie lehnen wir ab. Der sogenannte Linksextremismus (u.a. Antifaschismus) ist häufig eine Reaktion auf rechtsextreme Bedrohungen. Eine Sicherheitsbedrohung für die Bevölkerung geht von Aktivitäten im Linken Spektrum nicht aus – damit ist das Kapitel vollständig entbehrlich.*
- 6) *Völlig fehlt in der Vorlage die Sicherheit von Frauen. Gewalt in Partnerschaften oder bei Beendigung derselben sind immer noch die häufigsten Gewaltdelikte. 80% der Täter sind Männer / 80% der Opfer sind Frauen. Damit setzt sich der Masterplan bislang an keiner Stelle auseinander.*

Dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften liegt folgende Empfehlung der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord aus der Sitzung am 19.01.2023 vor:

zu TOP 8.1

Masterplan Kommunale Sicherheit 2.0 in Dortmund

Empfehlung

(Drucksache Nr.: 26093-22)

Die Bezirksvertretung Innenstadt-Nord nimmt die Vorlage, die dahingehend eingereichten Empfehlungen (Integrationsrat und Behindertenpolitisches Netzwerk) sowie die beiden Anträge der Fraktion Die Linke/Die Partei zur Kenntnis und diskutiert kontrovers.

Von mehreren Parteien werden Kritikpunkte zu Aufbau und Inhalt des Masterplans geäußert. Diese betreffen:

- *Erfordernis der Einrichtung einer Beschwerdestelle für Polizeigewalt*
- *Die Sinnhaftigkeit eines Masterplans vor dem Hintergrund einer rückläufigen Kriminalitätsstatistik*
- *Unberücksichtigte Folgen von Videoüberwachung (Verdrängung in nicht überwachte Bereiche)*
- *Die unterbliebene Evaluation des Masterplans Sicherheit 1.0*
- *Die unterlassene Einbindung von sozialen und freien Trägern*
- *Die fehlende Berücksichtigung von Diversität und Inklusion sowie der Beteiligung von entsprechenden Vertreter*innen*
- *Die nicht nachvollziehbare Schwerpunktsetzung auf den Linksextremismus*
- *Die nicht berücksichtigte gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*
- *Unzureichende Berücksichtigung des Themenfeldes Prostitution in seiner ganzen Bandbreite*

*Es besteht Einigkeit darüber, dass der Masterplan gebraucht wird, er aber überarbeitet und deutlich verbessert werden muss. Aufgrund der Einigkeit zieht die Fraktion Die Linke/Die Partei ihre beiden Anträge zurück. Die Bezirksvertreter*innen appellieren daher an den Rat, entsprechende Verbesserungen und Abänderungen vornehmen zu lassen und dabei die Bezirksvertretung(en) einzubeziehen.*

Die Bezirksvertretung Innenstadt-Nord wird selbst weiter zum Thema beraten.

*Aus den vorgenannten Gründen beschließt die Bezirksvertretung Innenstadt-Nord **mehrheitlich** bei 5 Gegenstimmen (4 SPD, 1 AfD) dem Rat der Stadt Dortmund zu empfehlen, den nachfolgenden Beschluss **nicht** zu fassen:*

Beschluss:

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

~~Der Rat der Stadt Dortmund beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung des Masterplans „Kommunale Sicherheit 2.0“ in Dortmund.~~

Dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften liegt außerdem folgende Empfehlung aus dem Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen aus seiner Sitzung vom 25.01.2023 vor:

zu TOP 3.3

Masterplan Kommunale Sicherheit 2.0 in Dortmund

Empfehlung

(Drucksache Nr.: 26093-22)

Hierzu liegt vor → Empfehlung des behindertenpolitischen Netzwerks vom 29.11. 2023:

Frau Brunner (Bündnis 90/Die Grünen) teilt mit, dass sie sich bei der Abstimmung zu der Vorlage enthalten werde.

Sie gibt an, dass die Vorlage innerhalb der Fraktion noch nicht ausreichend besprochen worden sei und regt an, dass die Gleichstellungsbeauftragte und Behindertenbeauftragte in der Lenkungsgruppe aktiv beteiligt werden.

Herr Rupflin (BPN) merkt an, dass bei Veranstaltungen zur Bürgerbeteiligung (Quartierslabore/Bürgerdialoge) auf akustische Barrierefreiheit zu achten ist. Zumindest sollte bei Einladungen zu entsprechenden Veranstaltungen der Unterstützungsbedarf abgefragt werden.

Das Behindertenpolitische Netzwerk empfiehlt mit diesen Anmerkungen dem Rat der Stadt einstimmig bei zwei Enthaltungen folgenden Beschluss zu fassen:

Hierzu liegt vor → Empfehlung der Bezirksvertretung (BV) Innenstadt West vom 18.01.2022:

Siehe oben.

Hierzu liegt vor → Empfehlung der Bezirksvertretung (BV) Innenstadt Nord vom 19.01.2022:

Siehe oben.

AKUSW, 25.01.2023:

Der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen vertagt die gesamte Angelegenheit aufgrund weiteren Beratungsbedarfs.

AFBL am 26.01.2023

Rm Mader (CDU-Fraktion) bittet die Verwaltung, darzustellen, wie eine Politikbeteiligung aussehen könne.

Herr Tibold (Masterplan Kommunale Sicherheit) schildert, dass es bereits im Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden zwischen den Fraktionssprechern ein Gespräch diesbezüglich gegeben habe. Die Verwaltung bereite momentan einen Vorschlag vor.

Rm Dr. Suck (Vorsitzender, CDU-Fraktion) bittet, diesen Vorschlag bis zur nächsten Sitzung zur Verfügung zu stellen.

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften **verschiebt die Beratung der Vorlage in seine nächste Sitzung.**

Erstellt am: 31.01.2023

Gremium:

Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung

Sitzungsdatum:

27.01.2023

Sitzungsart:

öffentlich

zu TOP 3.5.1

Masterplan Kommunale Sicherheit 2.0 in Dortmund

Empfehlung

(Drucksache Nr.: 26093-22)

Dem Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung liegt die folgende Empfehlung der Bezirksvertretung Innenstadt-West aus der öffentlichen Sitzung vom 18.01.2023 vor:

*Die Bezirksvertretung Innenstadt-West empfiehlt **einstimmig** dem Rat der Stadt Dortmund, mit folgenden Bemerkungen den Beschluss zu fassen:*

Der Rat der Stadt Dortmund beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung des Masterplans „Kommunale Sicherheit 2.0“ in Dortmund.

Bemerkungen:

Bündnis 90/ Die Grünen geben folgende zu Protokoll:

*„Die zuständigen Fachausschüsse werden gebeten, ein weiteres Themenfeld unter Handlungsfeld 2 -Öffentliche Sicherheit und Ordnung aufzunehmen. Nach den Ereignissen der vergangenen Monate um die Tötung von Mohammed D. ist die Polizei Dortmund erneut in die Kritik geraten. Besonders Mitbürger*innen mit Migrationshintergrund zeigen ein geringeres Vertrauen gegenüber der Polizei, da sie vermehrt mit Diskriminierungserfahrungen konfrontiert sind. Der Masterplan Sicherheit birgt die Möglichkeit, in einem öffentlichen Diskurs über die Institution Polizei zu sprechen und Konzepte zu entwickeln, das Vertrauen insgesamt, aber besonders für Mitbürger*innen mit Migrationshintergrund, zu verbessern. Diese Erweiterung der Themenfeldes entspricht der Zielsetzung des Masterplans: „Die Weiterentwicklung des Masterplans Kommunale Sicherheit soll die bisherigen Zielsetzungen aufnehmen und geeignete Maßnahmen erarbeiten mit dem Ziel, das subjektive Sicherheitsgefühl der Einwohnender Stadt Dortmund stetig zu verbessern [...]“*

Beim Handlungsfeld 2, unter 2.4 sollten Prostitution, Alkohol und Drogenkonsum „aggressives Betteln“ nicht in einem Atemzug genannt werden. Das erscheint nicht als Sinn der Sache. Es gibt unterschiedliche Gründe warum die Menschen in diese Situation kommen, und dem muss Rechnung getragen werden.

Weiterhin kann es nicht angehen, dass die Einbindung der Politik, respektive der Bezirksvertretungen überhaupt nicht bei der Erstellung vorgesehen ist.

Die Fraktion die LINKE macht folgende Anmerkungen zur Vorlage:

- 1) Die Kriminalitätsstatistik gibt insbesondere für den Bereich der Gewaltdelikte deutlich rückläufige Zahlen an. Welcher Anlass besteht vor diesem Hintergrund angesichts knapper Kassen mehr Geld in den kommunalen Ordnungsdienst zu stecken?^[1]_[5EP]*
- 2) 2.4. Die Politik der Stadt Dortmund und BVen müssen im Lenkungsreis aufgenommen werden. Die Zusammensetzung des Lenkungsreises lässt befürchten, dass einseitige Maßnahmen gegen Teile der Bevölkerung durchgesetzt (z.B. Menschen ohne Obdach oder Suchtkranke Menschen) werden.*
- 3) 2.4 Prostitution: Nach der Schließung des regulierten Straßenstrichs in der Ravensberger Straße hat sich die nunmehr illegale Prostitution in die Wohngebiete verlagert. Die Sicherheit der im Sexgewerbe arbeitenden Frauen ist seitdem nicht mehr gegeben. Zudem wird erneut repressiv mit den Frauen umgegangen.*
- 4) Videoüberwachung im öffentlichen Raum lehnen wir wegen der Einschränkung der Freiheitsrechte und der informationellen Selbstbestimmung der Bevölkerung ab. Verdrängungseffekte erzeugen keine Sicherheit.*

- 5) **2.6.1 Linksextremismus**
Die bürgerliche Extremismustheorie lehnen wir ab. Der sogenannte Linksextremismus (u.a. Antifaschismus) ist häufig eine Reaktion auf rechtsextreme Bedrohungen. Eine Sicherheitsbedrohung für die Bevölkerung geht von Aktivitäten im Linken Spektrum nicht aus – damit ist das Kapitel vollständig entbehrlich.
- 6) *Völlig fehlt in der Vorlage die Sicherheit von Frauen. Gewalt in Partnerschaften oder bei Beendigung derselben sind immer noch die häufigsten Gewaltdelikte. 80% der Täter sind Männer / 80% der Opfer sind Frauen. Damit setzt sich der Masterplan bislang an keiner Stelle auseinander.*

Der Rat der Stadt Dortmund beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung des Masterplans „Kommunale Sicherheit 2.0“ in Dortmund.

Weiterhin liegt dem Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung die folgende Empfehlung des Behindertenpolitischen Netzwerkes aus der öffentlichen Sitzung vom 29.11.2022 vor:

Frau Brunner (Bündnis 90/Die Grünen) teilt mit, dass sie sich bei der Abstimmung zu der Vorlage enthalten werde.

Sie gibt an, dass die Vorlage innerhalb der Fraktion noch nicht ausreichend besprochen worden sei und regt an, dass die Gleichstellungsbeauftragte und Behindertenbeauftragte in der Lenkungsgruppe aktiv beteiligt werden.

Herr Rupflin (BPN) merkt an, dass bei Veranstaltungen zur Bürgerbeteiligung (Quartierslabore/Bürgerdialoge) auf akustische Barrierefreiheit zu achten ist. Zumindest sollte bei Einladungen zu entsprechenden Veranstaltungen der Unterstützungsbedarf abgefragt werden.

Das Behindertenpolitische Netzwerk empfiehlt mit diesen Anmerkungen dem Rat der Stadt einstimmig bei zwei Enthaltungen folgenden Beschluss zu fassen:

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Dortmund beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung des Masterplans „Kommunale Sicherheit 2.0“ in Dortmund.

Weiterhin liegt dem Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung die folgende Empfehlung der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord aus der öffentlichen Sitzung vom 19.01.2023 als Tischvorlage vor:

Die Bezirksvertretung Innenstadt-Nord nimmt die Vorlage, die dahingehend eingereichten Empfehlungen (Integrationsrat und Behindertenpolitisches Netzwerk) sowie die beiden Anträge der Fraktion Die Linke/Die Partei zur Kenntnis und diskutiert kontrovers.

Von mehreren Parteien werden Kritikpunkte zu Aufbau und Inhalt des Masterplans geäußert. Diese betreffen:

- *Erfordernis der Einrichtung einer Beschwerdestelle für Polizeigewalt*
- *Die Sinnhaftigkeit eines Masterplans vor dem Hintergrund einer rückläufigen Kriminalitätsstatistik*
- *Unberücksichtigte Folgen von Videoüberwachung (Verdrängung in nicht überwachte Bereiche)*
- *Die unterbliebene Evaluation des Masterplans Sicherheit 1.0*
- *Die unterlassene Einbindung von sozialen und freien Trägern*
- *Die fehlende Berücksichtigung von Diversität und Inklusion sowie der Beteiligung von entsprechenden Vertreter*innen*
- *Die nicht nachvollziehbare Schwerpunktsetzung auf den Linksextremismus*
- *Die nicht berücksichtigte gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*
- *Unzureichende Berücksichtigung des Themenfeldes Prostitution in seiner ganzen Bandbreite*

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

*Es besteht Einigkeit darüber, dass der Masterplan gebraucht wird, er aber überarbeitet und deutlich verbessert werden muss. Aufgrund der Einigkeit zieht die Fraktion Die Linke/Die Partei ihre beiden Anträge zurück. Die Bezirksvertreter*innen appellieren daher an den Rat, entsprechende Verbesserungen und Abänderungen vornehmen zu lassen und dabei die Bezirksvertretung(en) einzubeziehen.*

Die Bezirksvertretung Innenstadt-Nord wird selbst weiter zum Thema beraten.

*Aus den vorgenannten Gründen beschließt die Bezirksvertretung Innenstadt-Nord **mehrheitlich** bei 5 Gegenstimmen (4 SPD, 1 AfD) dem Rat der Stadt Dortmund zu empfehlen, den nachfolgenden Beschluss **nicht** zu fassen:*

Beschluss:

~~Der Rat der Stadt Dortmund beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung des Masterplans „Kommunale Sicherheit 2.0“ in Dortmund.~~

Dem Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung liegt weiterhin die Empfehlung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen aus der öffentlichen Sitzung vom 25.01.2023 vor:

Hierzu liegt vor → Empfehlung des behindertenpolitischen Netzwerks vom 29.11. 2023:

Siehe oben!

Hierzu liegt vor → Empfehlung der Bezirksvertretung (BV) Innenstadt West vom 18.01.2022:

Siehe oben!

Hierzu liegt vor → Empfehlung der Bezirksvertretung (BV) Innenstadt Nord vom 19.01.2022:

Siehe oben!

AKUSW, 25.01.2023:

Der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen vertagt die gesamte Angelegenheit aufgrund weiteren Beratungsbedarfs.

Rm Waßmann (CDU) teilt mit, dass der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen sowie der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften die Vorlage in den nächsten Sitzungslauf geschoben haben, da noch Fragen aufgekommen seien.

Rm Gebel (Die Linke+) berichtet, dass seine Fraktion die Vorlage gerne in den Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden geschoben hätte, er sich aber auch seinem Vorredner anschließen könne.

Rm Gurowietz (Bündnis 90/Die Grünen) bittet ebenfalls um die Verschiebung in den nächsten Sitzungslauf.

Der Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung **nimmt** die Empfehlungen der Bezirksvertretung Innenstadt-West sowie die Empfehlungen des Behindertenpolitischen Netzwerkes, der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord und des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen zur **Kenntnis**.

Der Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung **verschiebt** die Vorlage in seine **nächste Sitzung**.

Erstellt am: 01.02.2023

Gremium:	Sitzungsdatum:	Sitzungsart:
Ausschuss für Mobilität, Infrastruktur und Grün	31.01.2023	öffentlich

zu TOP 3.2

Masterplan Kommunale Sicherheit 2.0 in Dortmund

Empfehlung

(Drucksache Nr.: 26093-22)

Hierzu liegt vor→ Empfehlung des behindertenpolitischen Netzwerks vom 29.11.2023:

Frau Brunner (Bündnis 90/Die Grünen) teilt mit, dass sie sich bei der Abstimmung zu der Vorlage enthalten werde.

Sie gibt an, dass die Vorlage innerhalb der Fraktion noch nicht ausreichend besprochen worden sei und regt an, dass die Gleichstellungsbeauftragte und Behindertenbeauftragte in der Lenkungsgruppe aktiv beteiligt werden.

Herr Rupflin (BPN) merkt an, dass bei Veranstaltungen zur Bürgerbeteiligung (Quartierslabore/Bürgerdialoge) auf akustische Barrierefreiheit zu achten ist. Zumindest sollte bei Einladungen zu entsprechenden Veranstaltungen der Unterstützungsbedarf abgefragt werden.

Das Behindertenpolitische Netzwerk empfiehlt mit diesen Anmerkungen dem Rat der Stadt einstimmig bei zwei Enthaltungen folgenden Beschluss zu fassen:

Hierzu liegt vor→ Empfehlung der Bezirksvertretung (BV) Innenstadt West vom 18.01.2022:

Die Bezirksvertretung Innenstadt-West empfiehlt **einstimmig** dem Rat der Stadt Dortmund, mit folgenden Bemerkungen den Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Dortmund beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung des Masterplans „Kommunale Sicherheit 2.0“ in Dortmund.

Bemerkungen:

Bündnis 90/ Die Grünen geben folgende zu Protokoll:

„Die zuständigen Fachausschüsse werden gebeten, einen weiteres Themenfeld unter Handlungsfeld 2 -Öffentliche Sicherheit und Ordnung aufzunehmen. Nach den Ereignissen der vergangenen Monate um die Tötung von Mohammed D. ist die Polizei Dortmund erneut in die Kritik geraten. Besonders Mitbürger*innen mit Migrationshintergrund zeigen ein geringeres Vertrauen gegenüber der Polizei, da sie vermehrt mit Diskriminierungserfahrungen konfrontiert sind. Der Masterplan Sicherheit birgt die Möglichkeit, in einem öffentlichen Diskurs über die Institution Polizei zu sprechen und Konzepte zu entwickeln, das Vertrauen insgesamt, aber besonders für Mitbürger*innen mit Migrationshintergrund, zu verbessern. Diese Erweiterung der Themenfeldes entspricht der Zielsetzung des Masterplans: „Die Weiterentwicklung des Masterplans Kommunale Sicherheit soll die bisherigen Zielsetzungen aufnehmen und geeignete Maßnahmen erarbeiten mit dem Ziel, das subjektive Sicherheitsgefühl der Einwohnendender Stadt Dortmund stetig zu verbessern [...]“

Beim Handlungsfeld 2, unter 2.4 sollten Prostitution, Alkohol und Drogenkonsum „aggressives Betteln“ nicht in einem Atemzug genannt werden. Das erscheint nicht als Sinn der Sache. Es gibt unterschiedliche Gründe warum die Menschen in diese Situation kommen, und dem muss Rechnung getragen werden.

Weiterhin kann es nicht angehen, dass die Einbindung der Politik, respektive der Bezirksvertretungen überhaupt nicht bei der Erstellung vorgesehen ist.

Die Fraktion die LINKE macht folgende Anmerkungen zur Vorlage:

- 1) Die Kriminalitätsstatistik gibt insbesondere für den Bereich der Gewaltdelikte deutlich rückläufige Zahlen an. Welcher Anlass besteht vor diesem Hintergrund angesichts knapper Kassen mehr Geld in den kommunalen Ordnungsdienst zu stecken?^[11]_[SEP]
- 2) 2.4. Die Politik der Stadt Dortmund und BVen müssen im Lenkungskreis aufgenommen werden. Die Zusammensetzung des Lenkungskreises lässt befürchten, dass einseitige Maßnahmen gegen Teile der Bevölkerung durchgesetzt (z.B. Menschen ohne Obdach oder Suchtkranke Menschen) werden.
- 3) 2.4 Prostitution: Nach der Schließung des regulierten Straßenstrichs in der Ravensberger Straße hat sich die nunmehr illegale Prostitution in die Wohngebiete verlagert. Die Sicherheit der im Sexgewerbe arbeitenden Frauen ist seitdem nicht mehr gegeben. Zudem wird erneut repressiv mit den Frauen umgegangen.
- 4) Videoüberwachung im öffentlichen Raum lehnen wir wegen der Einschränkung der Freiheitsrechte und der informationellen Selbstbestimmung der Bevölkerung ab. Verdrängungseffekte erzeugen keine Sicherheit.
- 5) 2.6.1 Linksextremismus
Die bürgerliche Extremismustheorie lehnen wir ab. Der sogenannte Linksextremismus (u.a. Antifaschismus) ist häufig eine Reaktion auf rechtsextreme Bedrohungen. Eine Sicherheitsbedrohung für die Bevölkerung geht von Aktivitäten im Linken Spektrum nicht aus – damit ist das Kapitel vollständig entbehrlich.
- 6) Völlig fehlt in der Vorlage die Sicherheit von Frauen. Gewalt in Partnerschaften oder bei Beendigung derselben sind immer noch die häufigsten Gewaltdelikte. 80% der Täter sind Männer / 80% der Opfer sind Frauen. Damit setzt sich der Masterplan bislang an keiner Stelle auseinander.

Hierzu liegt vor → Empfehlung der Bezirksvertretung (BV) Innenstadt Nord vom 19.01.2022:

Die Bezirksvertretung Innenstadt-Nord nimmt die Vorlage, die dahingehend eingereichten Empfehlungen (Integrationsrat und Behindertenpolitisches Netzwerk) sowie die beiden Anträge der Fraktion Die Linke/Die Partei zur Kenntnis und diskutiert kontrovers.

Von mehreren Parteien werden Kritikpunkte zu Aufbau und Inhalt des Masterplans geäußert. Diese betreffen:

- Erfordernis der Einrichtung einer Beschwerdestelle für Polizeigewalt
- Die Sinnhaftigkeit eines Masterplans vor dem Hintergrund einer rückläufigen Kriminalitätsstatistik
- Unberücksichtigte Folgen von Videoüberwachung (Verdrängung in nicht überwachte Bereiche)
- Die unterbliebene Evaluation des Masterplans Sicherheit 1.0
- Die unterlassene Einbindung von sozialen und freien Trägern
- Die fehlende Berücksichtigung von Diversität und Inklusion sowie der Beteiligung von entsprechenden Vertreter*innen
- Die nicht nachvollziehbare Schwerpunktsetzung auf den Linksextremismus
- Die nicht berücksichtigte gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
- Unzureichende Berücksichtigung des Themenfeldes Prostitution in seiner ganzen Bandbreite

Es besteht Einigkeit darüber, dass der Masterplan gebraucht wird, er aber überarbeitet und deutlich verbessert werden muss. Aufgrund der Einigkeit zieht die Fraktion Die Linke/Die Partei ihre beiden Anträge zurück. Die Bezirksvertreter*innen appellieren daher an den Rat, entsprechende Verbesserungen und Abänderungen vornehmen zu lassen und dabei die Bezirksvertretung(en) einzubeziehen.

Die Bezirksvertretung Innenstadt-Nord wird selbst weiter zum Thema beraten.

Aus den vorgenannten Gründen beschließt die Bezirksvertretung Innenstadt-Nord **mehrheitlich** bei 5 Gegenstimmen (4 SPD, 1 AfD) dem Rat der Stadt Dortmund zu empfehlen, den nachfolgenden Beschluss **nicht** zu fassen:

Beschluss:

~~Der Rat der Stadt Dortmund beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung des Masterplans „Kommunale Sicherheit 2.0“ in Dortmund.~~

Hierzu liegt vor → Empfehlung des Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen vom 25.01.2023:

„Der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen vertagt die gesamte Angelegenheit aufgrund weiteren Beratungsbedarfs.“

Hierzu liegt vor → Empfehlung des Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften vom 26.01.2023:

„Rm Mader (CDU-Fraktion) bittet die Verwaltung, darzustellen, wie eine Politikbeteiligung aussehen könne.“

Herr Tibold (Masterplan Kommunale Sicherheit) schildert, dass es bereits im Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden zwischen den Fraktionssprechern ein Gespräch diesbezüglich gegeben habe. Die Verwaltung bereite momentan einen Vorschlag vor.

Rm Dr. Suck (Vorsitzender, CDU-Fraktion) bittet, diesen Vorschlag bis zur nächsten Sitzung zur Verfügung zu stellen.

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften **verschiebt die Beratung der Vorlage in seine nächste Sitzung.**“

Hierzu liegt vor → Empfehlung des Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung vom 27.01.2023:

„Rm Waßmann (CDU) teilt mit, dass der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen sowie der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften die Vorlage in den nächsten Sitzungslauf geschoben haben, da noch Fragen aufgekommen seien.“

Rm Gebel (Die Linke+) berichtet, dass seine Fraktion die Vorlage gerne in den Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden geschoben hätte, er sich aber auch seinem Vorredner anschließen könne.

Rm Gurowietz (Bündnis 90/Die Grünen) bittet ebenfalls um die Verschiebung in den nächsten Sitzungslauf.

Der Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung **nimmt** die Empfehlungen der Bezirksvertretung Innenstadt-West sowie die Empfehlungen des Behindertenpolitischen Netzwerkes, der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord und des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen zur **Kenntnis**.

Der Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung **verschiebt** die Vorlage in seine **nächste Sitzung.**“

AMIG 31.01.2023:

Der Ausschuss für Mobilität, Infrastruktur und Grün vertagt die gesamte Angelegenheit in seine nächste Sitzung.

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Erstellt am: 02.02.2023

Gremium:

Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie

Sitzungsdatum:

01.02.2023

Sitzungsart:

öffentlich

zu TOP 3.2

Masterplan Kommunale Sicherheit 2.0 in Dortmund

Empfehlung

(Drucksache Nr.: 26093-22)

Es liegt folgende Empfehlung des Behindertenpolitischen Netzwerk aus der Sitzung vom 29.11.2022 vor:

...Frau Brunner (Bündnis 90/Die Grünen) teilt mit, dass sie sich bei der Abstimmung zu der Vorlage enthalten werde.

Sie gibt an, dass die Vorlage innerhalb der Fraktion noch nicht ausreichend besprochen worden sei und regt an, dass die Gleichstellungsbeauftragte und Behindertenbeauftragte in der Lenkungsgruppe aktiv beteiligt werden.

Herr Rupflin (BPN) merkt an, dass bei Veranstaltungen zur Bürgerbeteiligung (Quartierslabore/Bürgerdialoge) auf akustische Barrierefreiheit zu achten ist. Zumindest sollte bei Einladungen zu entsprechenden Veranstaltungen der Unterstützungsbedarf abgefragt werden.

Das Behindertenpolitische Netzwerk empfiehlt mit diesen Anmerkungen dem Rat der Stadt einstimmig bei zwei Enthaltungen folgenden Beschluss zu fassen:

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Dortmund beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung des Masterplans „Kommunale Sicherheit 2.0“ in Dortmund...

Weiterhin liegt folgende Empfehlung der BV-Innenstadt-Nord aus der Sitzung vom 19.01.2023 vor:

Die Bezirksvertretung Innenstadt-Nord nimmt die Vorlage, die dahingehend eingereichten Empfehlungen (Integrationsrat und Behindertenpolitisches Netzwerk) sowie die beiden Anträge der Fraktion Die Linke/Die Partei zur Kenntnis und diskutiert kontrovers.

Von mehreren Parteien werden Kritikpunkte zu Aufbau und Inhalt des Masterplans geäußert. Diese betreffen:

- *Erfordernis der Einrichtung einer Beschwerdestelle für Polizeigewalt*
- *Die Sinnhaftigkeit eines Masterplans vor dem Hintergrund einer rückläufigen Kriminalitätsstatistik*
- *Unberücksichtigte Folgen von Videoüberwachung (Verdrängung in nicht überwachte Bereiche)*
- *Die unterbliebene Evaluation des Masterplans Sicherheit 1.0*
- *Die unterlassene Einbindung von sozialen und freien Trägern*
- *Die fehlende Berücksichtigung von Diversität und Inklusion sowie der Beteiligung von entsprechenden Vertreter*innen*
- *Die nicht nachvollziehbare Schwerpunktsetzung auf den Linksextremismus*

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

- *Die nicht berücksichtigte gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*
- *Unzureichende Berücksichtigung des Themenfeldes Prostitution in seiner ganzen Bandbreite*

*Es besteht Einigkeit darüber, dass der Masterplan gebraucht wird, er aber überarbeitet und deutlich verbessert werden muss. Aufgrund der Einigkeit zieht die Fraktion Die Linke/Die Partei ihre beiden Anträge zurück. Die Bezirksvertreter*innen appellieren daher an den Rat, entsprechende Verbesserungen und Abänderungen vornehmen zu lassen und dabei die Bezirksvertretung(en) einzubeziehen.*

Die Bezirksvertretung Innenstadt-Nord wird selbst weiter zum Thema beraten.

*Aus den vorgenannten Gründen beschließt die Bezirksvertretung Innenstadt-Nord **mehrheitlich** bei 5 Gegenstimmen (4 SPD, 1 AfD) dem Rat der Stadt Dortmund zu empfehlen, den nachfolgenden Beschluss **nicht** zu fassen:*

Beschluss:

~~*Der Rat der Stadt Dortmund beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung des Masterplans „Kommunale Sicherheit 2.0“ in Dortmund.*~~

Des Weiteren liegt folgende Empfehlung der BV-Innenstadt-West aus der Sitzung vom 18.01.2023 vor:

*...Die Bezirksvertretung Innenstadt-West empfiehlt **einstimmig** dem Rat der Stadt Dortmund, mit folgenden Bemerkungen den Beschluss zu fassen:*

Der Rat der Stadt Dortmund beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung des Masterplans „Kommunale Sicherheit 2.0“ in Dortmund.

Bemerkungen:

Bündnis 90/Die Grünen geben folgende zu Protokoll:

*„Die zuständigen Fachausschüsse werden gebeten, ein weiteres Themenfeld unter Handlungsfeld 2 -Öffentliche Sicherheit und Ordnung aufzunehmen. Nach den Ereignissen der vergangenen Monate um die Tötung von Mohammed D. ist die Polizei Dortmund erneut in die Kritik geraten. Besonders Mitbürger*innen mit Migrationshintergrund zeigen ein geringeres Vertrauen gegenüber der Polizei, da sie vermehrt mit Diskriminierungserfahrungen konfrontiert sind. Der Masterplan Sicherheit birgt die Möglichkeit, in einem öffentlichen Diskurs über die Institution Polizei zu sprechen und Konzepte zu entwickeln, das Vertrauen insgesamt, aber besonders für Mitbürger*innen mit Migrationshintergrund, zu verbessern. Diese Erweiterung der Themenfeldes entspricht der Zielsetzung des Masterplans: „Die Weiterentwicklung des Masterplans Kommunale Sicherheit soll die bisherigen Zielsetzungen aufnehmen und geeignete Maßnahmen erarbeiten mit dem Ziel, das subjektive Sicherheitsgefühl der Einwohnenden der Stadt Dortmund stetig zu verbessern [...]“*

Beim Handlungsfeld 2, unter 2.4 sollten Prostitution, Alkohol und Drogenkonsum „aggressives Betteln“ nicht in einem Atemzug genannt werden. Das erscheint nicht als Sinn der Sache. Es gibt unterschiedliche Gründe warum die Menschen in diese Situation kommen, und dem muss Rechnung getragen werden.

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Weiterhin kann es nicht angehen, dass die Einbindung der Politik, respektive der Bezirksvertretungen überhaupt nicht bei der Erstellung vorgesehen ist.

Die Fraktion die LINKE macht folgende Anmerkungen zur Vorlage:

- 1) Die Kriminalitätsstatistik gibt insbesondere für den Bereich der Gewaltdelikte deutlich rückläufige Zahlen an. Welcher Anlass besteht vor diesem Hintergrund angesichts knapper Kassen mehr Geld in den kommunalen Ordnungsdienst zu stecken?^[SEP]*
- 2) 2.4. Die Politik der Stadt Dortmund und BVen müssen im Lenkungskreis aufgenommen werden. Die Zusammensetzung des Lenkungskreises lässt befürchten, dass einseitige Maßnahmen gegen Teile der Bevölkerung durchgesetzt (z.B. Menschen ohne Obdach oder Suchtkranke Menschen) werden.*
- 3) 2.4 Prostitution: Nach der Schließung des regulierten Straßenstrichs in der Ravensberger Straße hat sich die nunmehr illegale Prostitution in die Wohngebiete verlagert. Die Sicherheit der im Sexgewerbe arbeitenden Frauen ist seitdem nicht mehr gegeben. Zudem wird erneut repressiv mit den Frauen umgegangen.*
- 4) Videoüberwachung im öffentlichen Raum lehnen wir wegen der Einschränkung der Freiheitsrechte und der informationellen Selbstbestimmung der Bevölkerung ab. Verdrängungseffekte erzeugen keine Sicherheit.*

- 5) 2.6.1 Linksextremismus
Die bürgerliche Extremismustheorie lehnen wir ab. Der sogenannte Linksextremismus (u.a. Antifaschismus) ist häufig eine Reaktion auf rechtsextreme Bedrohungen. Eine Sicherheitsbedrohung für die Bevölkerung geht von Aktivitäten im Linken Spektrum nicht aus – damit ist das Kapitel vollständig entbehrlich.*

- 6) Völlig fehlt in der Vorlage die Sicherheit von Frauen. Gewalt in Partnerschaften oder bei Beendigung derselben sind immer noch die häufigsten Gewaltdelikte. 80% der Täter sind Männer / 80% der Opfer sind Frauen. Damit setzt sich der Masterplan bislang an keiner Stelle auseinander...*

Der Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie schiebt die Vorlage zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung.

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Erstellt am: 07.02.2023

Gremium:
Seniorenbeirat

Sitzungsdatum:
03.02.2023

Sitzungsart:
öffentlich

zu TOP 4.1

Masterplan Kommunale Sicherheit 2.0 in Dortmund

Empfehlung

(Drucksache Nr.: 26093-22)

Herr Müller erläutert seine Bedenken zu der Vorlage und bittet darum, diese systematisch zu überarbeiten und sie evaluationsfähig zu machen. So könne man die Vorlage nicht empfehlen.

Nach eingehender Diskussion empfiehlt der Seniorenbeirat dem Rat der Stadt **einstimmig**, folgenden **geänderten (Fett/kursiv)** Beschluss zu fassen:

Beschluss

Der Rat der Stadt Dortmund beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung des Masterplans „Kommunale Sicherheit 2.0“ in Dortmund.

Der Seniorenbeirat empfiehlt aufgrund einer Bedrohungsanalyse die Zielvorstellungen zu entwickeln, um die Umsetzung anschließend evaluieren zu können. Zudem sollen der Seniorenbeirat und der Integrationsrat in den Lenkungskreis aufgenommen werden.

Erstellt am: 01.02.2023

Gremium:	Sitzungsdatum:	Sitzungsart:
Ausschuss für Mobilität, Infrastruktur und Grün	31.01.2023	öffentlich

zu TOP 3.2

Masterplan Kommunale Sicherheit 2.0 in Dortmund

Empfehlung

(Drucksache Nr.: 26093-22)

Hierzu liegt vor→ Empfehlung des behindertenpolitischen Netzwerks vom 29.11.2023:

Frau Brunner (Bündnis 90/Die Grünen) teilt mit, dass sie sich bei der Abstimmung zu der Vorlage enthalten werde.

Sie gibt an, dass die Vorlage innerhalb der Fraktion noch nicht ausreichend besprochen worden sei und regt an, dass die Gleichstellungsbeauftragte und Behindertenbeauftragte in der Lenkungsgruppe aktiv beteiligt werden.

Herr Rupflin (BPN) merkt an, dass bei Veranstaltungen zur Bürgerbeteiligung (Quartierslabore/Bürgerdialoge) auf akustische Barrierefreiheit zu achten ist. Zumindest sollte bei Einladungen zu entsprechenden Veranstaltungen der Unterstützungsbedarf abgefragt werden.

Das Behindertenpolitische Netzwerk empfiehlt mit diesen Anmerkungen dem Rat der Stadt einstimmig bei zwei Enthaltungen folgenden Beschluss zu fassen:

Hierzu liegt vor→ Empfehlung der Bezirksvertretung (BV) Innenstadt West vom 18.01.2022:

Die Bezirksvertretung Innenstadt-West empfiehlt **einstimmig** dem Rat der Stadt Dortmund, mit folgenden Bemerkungen den Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Dortmund beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung des Masterplans „Kommunale Sicherheit 2.0“ in Dortmund.

Bemerkungen:

Bündnis 90/ Die Grünen geben folgende zu Protokoll:

„Die zuständigen Fachausschüsse werden gebeten, einen weiteres Themenfeld unter Handlungsfeld 2 -Öffentliche Sicherheit und Ordnung aufzunehmen. Nach den Ereignissen der vergangenen Monate um die Tötung von Mohammed D. ist die Polizei Dortmund erneut in die Kritik geraten. Besonders Mitbürger*innen mit Migrationshintergrund zeigen ein geringeres Vertrauen gegenüber der Polizei, da sie vermehrt mit Diskriminierungserfahrungen konfrontiert sind. Der Masterplan Sicherheit birgt die Möglichkeit, in einem öffentlichen Diskurs über die Institution Polizei zu sprechen und Konzepte zu entwickeln, das Vertrauen insgesamt, aber besonders für Mitbürger*innen mit Migrationshintergrund, zu verbessern. Diese Erweiterung der Themenfeldes entspricht der Zielsetzung des Masterplans: „Die Weiterentwicklung des Masterplans Kommunale Sicherheit soll die bisherigen Zielsetzungen aufnehmen und geeignete Maßnahmen erarbeiten mit dem Ziel, das subjektive Sicherheitsgefühl der Einwohnendender Stadt Dortmund stetig zu verbessern [...]“

Beim Handlungsfeld 2, unter 2.4 sollten Prostitution, Alkohol und Drogenkonsum „aggressives Betteln“ nicht in einem Atemzug genannt werden. Das erscheint nicht als Sinn der Sache. Es gibt unterschiedliche Gründe warum die Menschen in diese Situation kommen, und dem muss Rechnung getragen werden.

Weiterhin kann es nicht angehen, dass die Einbindung der Politik, respektive der Bezirksvertretungen überhaupt nicht bei der Erstellung vorgesehen ist.

Die Fraktion die LINKE macht folgende Anmerkungen zur Vorlage:

- 1) Die Kriminalitätsstatistik gibt insbesondere für den Bereich der Gewaltdelikte deutlich rückläufige Zahlen an. Welcher Anlass besteht vor diesem Hintergrund angesichts knapper Kassen mehr Geld in den kommunalen Ordnungsdienst zu stecken?^[11]_[SEP]
- 2) 2.4. Die Politik der Stadt Dortmund und BVen müssen im Lenkungskreis aufgenommen werden. Die Zusammensetzung des Lenkungskreises lässt befürchten, dass einseitige Maßnahmen gegen Teile der Bevölkerung durchgesetzt (z.B. Menschen ohne Obdach oder Suchtkranke Menschen) werden.
- 3) 2.4 Prostitution: Nach der Schließung des regulierten Straßenstrichs in der Ravensberger Straße hat sich die nunmehr illegale Prostitution in die Wohngebiete verlagert. Die Sicherheit der im Sexgewerbe arbeitenden Frauen ist seitdem nicht mehr gegeben. Zudem wird erneut repressiv mit den Frauen umgegangen.
- 4) Videoüberwachung im öffentlichen Raum lehnen wir wegen der Einschränkung der Freiheitsrechte und der informationellen Selbstbestimmung der Bevölkerung ab. Verdrängungseffekte erzeugen keine Sicherheit.
- 5) 2.6.1 Linksextremismus
Die bürgerliche Extremismustheorie lehnen wir ab. Der sogenannte Linksextremismus (u.a. Antifaschismus) ist häufig eine Reaktion auf rechtsextreme Bedrohungen. Eine Sicherheitsbedrohung für die Bevölkerung geht von Aktivitäten im Linken Spektrum nicht aus – damit ist das Kapitel vollständig entbehrlich.
- 6) Völlig fehlt in der Vorlage die Sicherheit von Frauen. Gewalt in Partnerschaften oder bei Beendigung derselben sind immer noch die häufigsten Gewaltdelikte. 80% der Täter sind Männer / 80% der Opfer sind Frauen. Damit setzt sich der Masterplan bislang an keiner Stelle auseinander.

Hierzu liegt vor → Empfehlung der Bezirksvertretung (BV) Innenstadt Nord vom 19.01.2022:

Die Bezirksvertretung Innenstadt-Nord nimmt die Vorlage, die dahingehend eingereichten Empfehlungen (Integrationsrat und Behindertenpolitisches Netzwerk) sowie die beiden Anträge der Fraktion Die Linke/Die Partei zur Kenntnis und diskutiert kontrovers.

Von mehreren Parteien werden Kritikpunkte zu Aufbau und Inhalt des Masterplans geäußert. Diese betreffen:

- Erfordernis der Einrichtung einer Beschwerdestelle für Polizeigewalt
- Die Sinnhaftigkeit eines Masterplans vor dem Hintergrund einer rückläufigen Kriminalitätsstatistik
- Unberücksichtigte Folgen von Videoüberwachung (Verdrängung in nicht überwachte Bereiche)
- Die unterbliebene Evaluation des Masterplans Sicherheit 1.0
- Die unterlassene Einbindung von sozialen und freien Trägern
- Die fehlende Berücksichtigung von Diversität und Inklusion sowie der Beteiligung von entsprechenden Vertreter*innen
- Die nicht nachvollziehbare Schwerpunktsetzung auf den Linksextremismus
- Die nicht berücksichtigte gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
- Unzureichende Berücksichtigung des Themenfeldes Prostitution in seiner ganzen Bandbreite

Es besteht Einigkeit darüber, dass der Masterplan gebraucht wird, er aber überarbeitet und deutlich verbessert werden muss. Aufgrund der Einigkeit zieht die Fraktion Die Linke/Die Partei ihre beiden Anträge zurück. Die Bezirksvertreter*innen appellieren daher an den Rat, entsprechende Verbesserungen und Abänderungen vornehmen zu lassen und dabei die Bezirksvertretung(en) einzubeziehen.

Die Bezirksvertretung Innenstadt-Nord wird selbst weiter zum Thema beraten.

Aus den vorgenannten Gründen beschließt die Bezirksvertretung Innenstadt-Nord **mehrheitlich** bei 5 Gegenstimmen (4 SPD, 1 AfD) dem Rat der Stadt Dortmund zu empfehlen, den nachfolgenden Beschluss **nicht** zu fassen:

Beschluss:

~~Der Rat der Stadt Dortmund beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung des Masterplans „Kommunale Sicherheit 2.0“ in Dortmund.~~

Hierzu liegt vor → Empfehlung des Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen vom 25.01.2023:

„Der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen vertagt die gesamte Angelegenheit aufgrund weiteren Beratungsbedarfs.“

Hierzu liegt vor → Empfehlung des Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften vom 26.01.2023:

„Rm Mader (CDU-Fraktion) bittet die Verwaltung, darzustellen, wie eine Politikbeteiligung aussehen könne.

Herr Tibold (Masterplan Kommunale Sicherheit) schildert, dass es bereits im Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden zwischen den Fraktionssprechern ein Gespräch diesbezüglich gegeben habe. Die Verwaltung bereite momentan einen Vorschlag vor.

Rm Dr. Suck (Vorsitzender, CDU-Fraktion) bittet, diesen Vorschlag bis zur nächsten Sitzung zur Verfügung zu stellen.

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften **verschiebt die Beratung der Vorlage in seine nächste Sitzung.**“

Hierzu liegt vor → Empfehlung des Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung vom 27.01.2023:

„Rm Waßmann (CDU) teilt mit, dass der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen sowie der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften die Vorlage in den nächsten Sitzungslauf geschoben haben, da noch Fragen aufgekommen seien.

Rm Gebel (Die Linke+) berichtet, dass seine Fraktion die Vorlage gerne in den Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden geschoben hätte, er sich aber auch seinem Vorredner anschließen könne.

Rm Gurowietz (Bündnis 90/Die Grünen) bittet ebenfalls um die Verschiebung in den nächsten Sitzungslauf.

Der Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung **nimmt** die Empfehlungen der Bezirksvertretung Innenstadt-West sowie die Empfehlungen des Behindertenpolitischen Netzwerkes, der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord und des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen zur **Kenntnis**.

Der Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung **verschiebt** die Vorlage in seine **nächste Sitzung.**“

AMIG 31.01.2023:

Der Ausschuss für Mobilität, Infrastruktur und Grün vertagt die gesamte Angelegenheit in seine nächste Sitzung.

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Erstellt am: 09.02.2023

Gremium:
Schulausschuss

Sitzungsdatum:
08.02.2023

Sitzungsart:
öffentlich

zu TOP 3.3

Masterplan Kommunale Sicherheit 2.0 in Dortmund

Empfehlung

(Drucksache Nr.: 26093-22)

Dem Schulausschuss liegt folgende Empfehlung des Behindertenpolitischen Netzwerk aus der öffentlichen Sitzung vom 29.11.2022 vor:

(...)Frau Brunner (Bündnis 90/Die Grünen) teilt mit, dass sie sich bei der Abstimmung zu der Vorlage enthalten werde.

Sie gibt an, dass die Vorlage innerhalb der Fraktion noch nicht ausreichend besprochen worden sei und regt an, dass die Gleichstellungsbeauftragte und Behindertenbeauftragte in der Lenkungsgruppe aktiv beteiligt werden.

Herr Rupflin (BPN) merkt an, dass bei Veranstaltungen zur Bürgerbeteiligung (Quartierslabore/Bürgerdialoge) auf akustische Barrierefreiheit zu achten ist. Zumindest sollte bei Einladungen zu entsprechenden Veranstaltungen der Unterstützungsbedarf abgefragt werden.

Das Behindertenpolitische Netzwerk empfiehlt mit diesen Anmerkungen dem Rat der Stadt einstimmig bei zwei Enthaltungen folgenden Beschluss zu fassen:

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Dortmund beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung des Masterplans „Kommunale Sicherheit 2.0“ in Dortmund. (...)

Zusätzlich liegt folgende Empfehlung der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord aus der öffentlichen Sitzung vom 19.01.2023 vor:

Die Bezirksvertretung Innenstadt-Nord nimmt die Vorlage, die dahingehend eingereichten Empfehlungen (Integrationsrat und Behindertenpolitisches Netzwerk) sowie die beiden Anträge der Fraktion Die Linke/Die Partei zur Kenntnis und diskutiert kontrovers.

Von mehreren Parteien werden Kritikpunkte zu Aufbau und Inhalt des Masterplans geäußert. Diese betreffen:

- *Erfordernis der Einrichtung einer Beschwerdestelle für Polizeigewalt*
- *Die Sinnhaftigkeit eines Masterplans vor dem Hintergrund einer rückläufigen Kriminalitätsstatistik*
- *Unberücksichtigte Folgen von Videoüberwachung (Verdrängung in nicht überwachte Bereiche)*
- *Die unterbliebene Evaluation des Masterplans Sicherheit 1.0*
- *Die unterlassene Einbindung von sozialen und freien Trägern*
- *Die fehlende Berücksichtigung von Diversität und Inklusion sowie der Beteiligung von entsprechenden Vertreter*innen*
- *Die nicht nachvollziehbare Schwerpunktsetzung auf den Linksextremismus*

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

- *Die nicht berücksichtigte gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*
- *Unzureichende Berücksichtigung des Themenfeldes Prostitution in seiner ganzen Bandbreite*

*Es besteht Einigkeit darüber, dass der Masterplan gebraucht wird, er aber überarbeitet und deutlich verbessert werden muss. Aufgrund der Einigkeit zieht die Fraktion Die Linke/Die Partei ihre beiden Anträge zurück. Die Bezirksvertreter*innen appellieren daher an den Rat, entsprechende Verbesserungen und Abänderungen vornehmen zu lassen und dabei die Bezirksvertretung(en) einzubeziehen.*

Die Bezirksvertretung Innenstadt-Nord wird selbst weiter zum Thema beraten.

*Aus den vorgenannten Gründen beschließt die Bezirksvertretung Innenstadt-Nord **mehrheitlich** bei 5 Gegenstimmen (4 SPD, 1 AfD) dem Rat der Stadt Dortmund zu empfehlen, den nachfolgenden Beschluss **nicht** zu fassen:*

Beschluss:

~~Der Rat der Stadt Dortmund beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung des Masterplans „Kommunale Sicherheit 2.0“ in Dortmund.~~

Weiter liegt folgende Empfehlung der Bezirksvertretung Innenstadt-West aus der öffentlichen Sitzung vom 18.01.2023 vor:

Empfehlung:

*Die Bezirksvertretung Innenstadt-West empfiehlt **einstimmig** dem Rat der Stadt Dortmund, mit folgenden Bemerkungen den Beschluss zu fassen:*

Der Rat der Stadt Dortmund beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung des Masterplans „Kommunale Sicherheit 2.0“ in Dortmund.

Bemerkungen:

Bündnis 90/ Die Grünen geben folgende zu Protokoll:

*„Die zuständigen Fachausschüsse werden gebeten, ein weiteres Themenfeld unter Handlungsfeld 2 -Öffentliche Sicherheit und Ordnung aufzunehmen. Nach den Ereignissen der vergangenen Monate um die Tötung von Mohammed D. ist die Polizei Dortmund erneut in die Kritik geraten. Besonders Mitbürger*innen mit Migrationshintergrund zeigen ein geringeres Vertrauen gegenüber der Polizei, da sie vermehrt mit Diskriminierungserfahrungen konfrontiert sind. Der Masterplan Sicherheit birgt die Möglichkeit, in einem öffentlichen Diskurs über die Institution Polizei zu sprechen und Konzepte zu entwickeln, das Vertrauen insgesamt, aber besonders für Mitbürger*innen mit Migrationshintergrund, zu verbessern. Diese Erweiterung der Themenfeldes entspricht der Zielsetzung des Masterplans: „Die Weiterentwicklung des Masterplans Kommunale Sicherheit soll die bisherigen Zielsetzungen aufnehmen und geeignete Maßnahmen erarbeiten mit dem Ziel, das subjektive Sicherheitsgefühl der Einwohnenden der Stadt Dortmund stetig zu verbessern [...]“*

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Beim Handlungsfeld 2, unter 2.4 sollten Prostitution, Alkohol und Drogenkonsum „aggressives Betteln“ nicht in einem Atemzug genannt werden. Das erscheint nicht als Sinn der Sache. Es gibt unterschiedliche Gründe warum die Menschen in diese Situation kommen, und dem muss Rechnung getragen werden.

Weiterhin kann es nicht angehen, dass die Einbindung der Politik, respektive der Bezirksvertretungen überhaupt nicht bei der Erstellung vorgesehen ist.

Die Fraktion die LINKE macht folgende Anmerkungen zur Vorlage:

- 1) Die Kriminalitätsstatistik gibt insbesondere für den Bereich der Gewaltdelikte deutlich rückläufige Zahlen an. Welcher Anlass besteht vor diesem Hintergrund angesichts knapper Kassen mehr Geld in den kommunalen Ordnungsdienst zu stecken?^[1]_[SEP]*
- 2) 2.4. Die Politik der Stadt Dortmund und BVen müssen im Lenkungskreis aufgenommen werden. Die Zusammensetzung des Lenkungskreises lässt befürchten, dass einseitige Maßnahmen gegen Teile der Bevölkerung durchgesetzt (z.B. Menschen ohne Obdach oder Suchtkranke Menschen) werden.*
- 3) 2.4 Prostitution: Nach der Schließung des regulierten Straßenstrichs in der Ravensberger Straße hat sich die nunmehr illegale Prostitution in die Wohngebiete verlagert. Die Sicherheit der im Sexgewerbe arbeitenden Frauen ist seitdem nicht mehr gegeben. Zudem wird erneut repressiv mit den Frauen umgegangen.*
- 4) Videoüberwachung im öffentlichen Raum lehnen wir wegen der Einschränkung der Freiheitsrechte und der informationellen Selbstbestimmung der Bevölkerung ab. Verdrängungseffekte erzeugen keine Sicherheit.*
- 5) 2.6.1 Linksextremismus
Die bürgerliche Extremismustheorie lehnen wir ab. Der sogenannte Linksextremismus (u.a. Antifaschismus) ist häufig eine Reaktion auf rechtsextreme Bedrohungen. Eine Sicherheitsbedrohung für die Bevölkerung geht von Aktivitäten im Linken Spektrum nicht aus – damit ist das Kapitel vollständig entbehrlich.*
- 6) Völlig fehlt in der Vorlage die Sicherheit von Frauen. Gewalt in Partnerschaften oder bei Beendigung derselben sind immer noch die häufigsten Gewaltdelikte. 80% der Täter sind Männer / 80% der Opfer sind Frauen. Damit setzt sich der Masterplan bislang an keiner Stelle auseinander.*

Der Schulausschuss schiebt die Vorlage in die nächste Sitzung.